Stand: 28.08.2025 17:20:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10527

"Null-Toleranz gegen Rassismus und Extremismus"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10527 vom 16.03.2016
2. Beschluss des Plenums 17/10591 vom 16.03.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 16.03.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.03.2016 **Drucksache** 17/**10527**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Null-Toleranz gegen Rassismus und Extremismus

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich klar gegen jegliche Form von Rassismus und Extremismus (wie z.B. links, rechts oder religiös motiviert).
2. Der Landtag zeigt sich solidarisch mit den zahlreichen Opfern von extremistischer und rassistischer Gewalt und setzt sich für deren Schutz ein.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich der Null-Toleranz-Haltung des Landtags anzuschließen und dem Landtag gegenüber zu berichten, welche Maßnahmen sie, insbesondere im schulischen und außerschulischen Bereich, bereits ergriffen hat bzw. in Zukunft ergreifen wird, um dem Entstehen von rassistischem und extremistischem Gedankengut entgegenzuwirken.

Begründung:

Rassismus und Extremismus entwickeln sich in Deutschland immer mehr zu einem gesellschaftlichen Problem. Die mediale Berichterstattung wird heute nahezu täglich von Angriffen auf Asylunterkünfte und Aktionen und Kundgebungen extremistischer Gruppierungen beherrscht. Besonderes mediales Interesse in Bayern erlangte jüngst der Fall des Zornedinger Pfarrers Olivier Ndjimbi-Tshiende, der sich angesichts der ihm gegenüber geäußerten Morddrohungen und rassistischen Hetze zum Rücktritt gezwungen sah.

Es erfordert daher eines entschlossenen Auftretens gegenüber jeglicher Form von Rassismus und Extremismus. Der Landtag sollte in diesem Bereich mit gutem Beispiel vorangehen und seine Null-Toleranz-Haltung klar zum Ausdruck bringen. Den zahlreichen Opfern von rassistischer und extremistischer Gewalt muss seine volle Solidarität gelten. Auch die Staatsregierung sollte sich dieser Null-Toleranz-Haltung des Landtags anschließen, um ein Zeichen gegen Rassismus und Extremismus zu setzen.

Das Problem von Rassismus und Extremismus muss aber grundsätzlich auch in seinen Ursprüngen wirksam bekämpft werden. Es bedarf hierzu insbesondere eines stärkeren Ausbaus von Präventionsmaßnahmen, gerade im schulischen und außerschulischen Bereich. Um Impulse für Verbesserungen im präventiven Bereich geben zu können, sind Erkenntnisse über derzeit bestehende bzw. geplante Maßnahmen der Staatsregierung erforderlich. Diese soll dem Landtag daher diesbezüglich Bericht erstatten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.03.2016 **Drucksache** 17/**10591**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**10527**

Null-Toleranz gegen Rassismus und Extremismus

1. Der Landtag bekennt sich klar gegen jegliche Form von Rassismus und Extremismus (wie z.B. links, rechts oder religiös motiviert).
2. Der Landtag zeigt sich solidarisch mit den zahlreichen Opfern von extremistischer und rassistischer Gewalt und setzt sich für deren Schutz ein.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag gegenüber zu berichten, welche Maßnahmen sie, insbesondere im schulischen und außerschulischen Bereich, bereits ergriffen hat bzw. in Zukunft ergreifen wird, um dem Entstehen von rassistischem und extremistischem Gedankengut entgegenzuwirken.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Katharina Schulze
Abg. Joachim Hanisch
Abg. Dr. Hans Reichhart
Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Dr. Christoph Rabenstein
Abg. Florian Ritter
Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Das Problem heißt Rassismus! Menschen vor rassistischer Hetze und rechter Gewalt schützen (Drs. 17/10508)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Null-Toleranz gegen Rassismus und Extremismus (Drs. 17/10527)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)
Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus (Drs. 17/10528)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache.Erste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 2016 passiert es immer noch, dass eine Frau, die mit Vornamen Mürvet heißt, schon beim Eingang ihrer Bewerbung aussortiert wird, ohne dass ihr Lebenslauf auch nur angesehen wird. Im Jahr 2016 passiert es immer noch, dass Ssanan Mardi, der in Deutschland geboren wurde, auf die Frage, woher er kommt, mit Göttingen antwortet. Die nächste Frage ist: Woher kommst du denn ursprünglich? – Es passiert immer

noch, dass Hamado Dipama an der Disco-Tür abgewiesen wird. Im Jahr 2016 passiert es immer noch, dass Menschen Gewalt angetan wird, nur weil sie eine dunklere Hautfarbe haben. Im Jahr 2016 passiert es immer noch, dass ein katholischer Pfarrer zurücktritt, weil er die rassistische Hetze und Morddrohungen nicht mehr ertragen kann und möchte. Das alles ist ein großes Problem, und das Problem heißt Rassismus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

All die von mir gerade aufgezählten Beispiele haben etwas gemeinsam: Menschen werden danach sortiert, wie sie aussehen oder wie sie leben. Meistens passiert das ganz unbewusst, aber es hat weitreichende Folgen. Wer vermeintlich anders ist, wird abgewertet.

Wir dürfen uns auch nichts vormachen: Das alles ist kein neues Phänomen. Rassistisches Denken und rechtsextreme Einstellung sind in der Gesellschaft weit verbreitet, bis tief in die sogenannte Mitte der Gesellschaft hinein. Rassistische Einstellungen und Stimmungsmache dienten Neonazis schon immer als Rechtfertigung für Gewalt – Gewalt gegen Menschen, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Rassismus tötet also.

Neu sind in der momentanen Situation die enorme Radikalisierung in kurzer Zeit und die damit einhergehende Schnelligkeit. Wir befinden uns im Moment auf einer gefährlichen Rutschbahn. Erst wurde gegen die Menschen vom Balkan gehetzt, dann gegen alle Flüchtlinge. Aus hetzerischen Worten wurden immer mehr Taten. Ich stelle in diesem Raum die Frage, wohin das führen wird. Wer ist als Nächstes dran? Obdachlose, Menschen mit Behinderung? – Wir wissen alle, wenn mit dem Ausgrenzen einmal angefangen wird, ist es schwer, wieder aufzuhören. Seit 2013 – über die Zahl haben wir hier bereits mehrfach debattiert – hat sich die Anzahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte mehr als verfünffacht. Das ist eine Entwicklung, die höchst gefährlich und höchst bedenklich ist. Wir wissen alle, dass die rechte Szene immer gewalttätiger wird und dass leider immer mehr Bürgerinnen und Bürger in die rassistische Hetze mitein-

stimmen. Es reicht jetzt. Es reicht wirklich. Es reicht mit der rassistischen Hetze, es reicht mit den rechtsextremen Gewalttaten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der erste Schritt zur Bekämpfung ist, dass wir alle, auch wir im Bayerischen Landtag, anerkennen: Wir haben ein Problem mit rassistischer Gewalt, und wir brauchen eine klare Haltung. Wir müssen entschlossen handeln, um Rassismus und rechter Gewalt die Stirn zu bieten. Darum haben wir GRÜNE heute den Dringlichkeitsantrag eingereicht.

In unserem Antrag stellen wir drei Forderungen. Erstens. Wir, die Abgeordneten des Bayerischen Landtags, sind solidarisch mit allen Opfern rassistischer und rechtsextremer Gewalt und unterstützen sie. Stellvertretend ist hier der Zornedinger Pfarrer Olivier Ndjimbi-Tshiende erwähnt. Wir verurteilen die rassistische Hetze und die Morddrohungen gegen ihn aufs Allerschärfste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Bayerische Landtag steht geschlossen für eine offene und friedliche Gesellschaft. Wir zeigen klare Kante gegen Populismus, Hass, Rassismus und Gewalt. Uns ist auch klar, dass wir nicht diejenigen stärken dürfen, die andere ausgrenzen, herabwürdigen oder verletzen.

Zweitens fordern wir in unserem Antrag die CSU-Regierung auf, ein wirksames Konzept zum Schutz aller in Bayern lebender Menschen vor Hetze und Gewalt zu entwickeln. Dazu gehören zum einen gut ausgestattete Sicherheitsbehörden, aber wir brauchen auch auf anderen Ebenen klare Unterstützung. Wir möchten eine Koordinierungsstelle Demokratie, die das Verwaltungshandeln koordiniert und sich mit der Zivilgesellschaft vernetzt. Bedauerlich ist, dass wir vor dem Hintergrund der momentanen Entwicklung eines noch nicht haben: Wir brauchen endlich eine Beratungs-

stelle für Opfer von rassistischer und rechtsextremer Gewalt. Ihr Schicksal darf uns nicht gleichgültig sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Punkt, den wir in unserem Antrag aufgeführt haben, ist der, der am langfristigsten wirkt und wirken muss: Wir müssen die rassistische und rechtsextreme Einstellung in der Gesellschaft zurückdängen. Dafür brauchen wir mehr Bildung – präventive, schulische und außerschulische Bildung. Dafür müssen wir mehr Geld ausgeben und mehr Programme auflegen, um dieses Anliegen massiv zu stärken. Das müssen wir für unsere Demokratie und damit für uns alle machen. Ich will nicht wieder und wieder in den Nachrichten hören, dass eine weitere Unterkunft für Flüchtlinge brennt. Ich habe ehrlich gesagt auch keine Lust, im Gespräch immer wieder zu hören: Ich bin ja kein Rassist, aber – –

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will, dass Mürvet eine faire Chance auf einen Job hat. Ich will, dass Hamado wie alle anderen am Wochenende tanzen gehen kann, und zwar dort, wo er will. Ich will, dass künftig zuerst gefragt wird: Wer bist du? Und nicht: Wo kommst du eigentlich her? – Wenn wir das schaffen und den anderen Menschen als Mensch sehen und nicht als Teil einer wie auch immer gearteten Gruppe, dann haben wir das rassistische Denken hinter uns gelassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade in der gegenwärtigen Zeit ist es wichtig, dass aus dem Bayerischen Landtag ein eindeutiges Signal kommt. Darum bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag, in dem wir ganz klar das Problem benennen, nämlich Rassismus und rechtsextreme Hetze.

Zwei andere Fraktionen haben noch Dringlichkeitsanträge nachgezogen. Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zustimmen. Beim Antrag der CSU

haben wir ein Problem. Wir finden viele Punkte, die dort aufgezählt sind, gut. Da Sie aber in einem Punkt den Verfassungsschutz und das Verfassungsschutzgesetz so loben, während wir gerade im Hohen Haus eine Debatte darüber führen und eine Anhörung durchführen werden, wie bei dem Verfassungsschutzgesetz weiter verfahren werden soll, ist meine Frage: Gibt es eine Option, entweder die Punkte einzeln abzustimmen oder vielleicht diesen Punkt herauszunehmen, um ein geschlossenes Signal senden zu können? Das wäre unsere Frage an Sie. Ansonsten müssten wir uns leider bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Hanisch von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Radikalismus ist ein Angriff auf unsere Zivilgesellschaft, und deshalb lehnen wir ihn konsequent ab. Unser Antrag "Null-Toleranz gegen Rassismus und Extremismus" ist die logische Konsequenz daraus.

Lassen Sie mich Albert Einstein zitieren, der gesagt hat:

> Wenn ich mit der Relativitätstheorie recht behalte, werden die Deutschen sagen, ich sei Deutscher, und die Franzosen, ich sei Weltbürger. Erweist sich meine Theorie als falsch, werden die Franzosen sagen, ich sei Deutscher, und die Deutschen, ich sei Jude.

Ich glaube, das zeigt sehr deutlich das Problem unserer Gesellschaft – ein Problem, das immer stärker auf die Mittelschicht, auf die politisch nicht Aktiven und denjenigen, der nicht als extrem einzustufen ist, übergreift.

Wir FREIEN WÄHLER verurteilen deshalb jegliche Gewalt, ob von links oder rechts, ob religiös, politisch oder – etwas ganz Neues – Gewalt im Internet.Radikalismus ist in

Deutschland wieder zu einem gesellschaftlichen Problem geworden. Wenn man die Medien beobachtet, hat man manchmal den Eindruck, dass wieder eine Lynchjustiz gefordert wird. Jeden zweiten Tag findet ein Angriff auf Asylunterkünfte statt. Es gibt jede Menge Kundgebungen und Aktionen rechter Gruppen. Der Zornedinger Pfarrer erhielt nicht nur Morddrohungen, sondern hielt auch den Hetzkampagnen nicht mehr stand und ist zurückgetreten. Es gibt eingeworfene Fensterscheiben, Brandstiftungen und Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte.

Dieser Extremismus und dieser Rassismus bedrohen die Demokratie und das gebotene tolerante Zusammenleben. In den Verfassungsschutzberichten hören wir, dass rechte und linke Gewalt keine große Rolle mehr spielen; zumindest in der Vergangenheit war das der Fall. Das zeigt, dass es diese Erscheinungen nach wie vor im Untergrund gibt.

Wir fordern deshalb, dass diese Art von Gewalt nicht länger hingenommen wird. Wir fordern, dass durch aktives Handeln dieses Klima der Angst beseitigt wird. Wir fordern, dass solche Straftaten nicht verharmlost werden, dass die Menschen besser geschützt werden und Straftaten gegen Flüchtlinge konsequent verfolgt werden. Politik und Gesellschaft dürfen nicht zulassen, dass wir einen Rückfall in die dunklen Tage unserer Vergangenheit erleben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb fordern wir in unserem Berichtsantrag auch, dass die Staatsregierung darauf eingeht, was präventiv getan wird, um diese Erscheinungen in unserer Gesellschaft verhindern zu können. Gerade an Schulen ist es außerordentlich wichtig, auf diese Probleme hinzuweisen und dafür zu sorgen, dass die Generation nach uns noch aufgeklärter und mit einer noch objektiveren Bildung aufwächst, damit solche Erscheinungen im Keim erstickt werden.

Lasst uns deshalb in der Politik und der Gesellschaft wachsam sein. Es gibt kein Besser oder Schlechter bei uns Menschen; zwischen uns gibt es nur Unterschiede. Diese

müssen respektiert werden, egal, ob es sich um Unterschiede der Hautfarbe, der Lebensweise, der Religion oder auch nur einer Idee handelt.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Antrag der CSU zustimmen und unseren Antrag um einen Halbsatz verkürzen. Unter Nummer 3 heißt es dann: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag gegenüber zu berichten …". Nach "aufgefordert" werden die Wörter "sich der Null-Toleranz-Haltung des Landtags anzuschließen und" gestrichen.

Die Nummern 1 und 3 des Antrags der GRÜNEN finden wir hervorragend, und wenn einzeln darüber abgestimmt würde, würden wir ihnen zustimmen. Aber dem Inhalt der Nummer 2, wo es um Anlauf- und Koordinierungsstellen geht, können wir nicht zustimmen. Wenn wir über den Antrag insgesamt abstimmen müssen, werden wir ihn leider ablehnen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Reichhart von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe einen guten Freund; er ist Pfarrer. Er kommt aus Gofila in der Provinz Kaya in Burkina Faso. In meiner Heimatgemeinde war er Pfarrer. Er war der beliebteste Pfarrer, den ich bei uns daheim kennengelernt habe und den wir bei uns erlebt haben. Er ist in seine Heimat zurückgekehrt. Der Kontakt ist nicht abgerissen. Wir haben bei uns daheim Vereine gegründet und ihn mit ganz verschiedenen Maßnahmen unterstützt, um die katastrophalen Lebensverhältnisse bei ihm zu Hause in Burkina Faso etwas abzumildern, indem wir Schulen oder Brunnen bauen und vieles mehr unternehmen.

Das Beispiel dieses befreundeten Pfarrers hat gezeigt: Rassismus findet überall dort keinen Platz, wo Menschen einander als Menschen begegnen. Diese einfache Wahrheit wird uns immer wieder dann vor Augen geführt, wenn wir miteinander reden und

wenn wir in näheren Kontakt mit allen Menschen, egal welcher Herkunft und welcher Hautfarbe, treten.

Liebe Kollegen, deswegen war ich auch persönlich betroffen, als ich von der Hetze gegen den Pfarrer Ndjimbi-Tshiende gehört habe. Ich war entsetzt und habe mir wirklich überlegt: Mensch, was ist da passiert? – Ich habe mich auch gefragt: Was wäre denn mit meinem Freund passiert? Wie würde er dies aufnehmen? Was würde er darüber denken?

Daher ist eines für uns ganz klar: Rassismus und Morddrohungen sind einfach widerliche Fratzen, die wir in unserer Gesellschaft nicht dulden dürfen und nicht dulden können. Dagegen müssen wir entschieden vorgehen.

(Beifall bei der CSU)

Wir als CSU-Fraktion stehen geschlossen hinter allen Menschen, die Opfer derartiger Attacken, Opfer von Morddrohungen und Opfer von widerlicher Hetze sind. Ich bin auch froh, dass unser Ministerpräsident und unsere Wirtschaftsministerin gesagt haben, dass dies inakzeptabel ist und dies nicht zu Bayern gehört und wir das hier in Bayern auch nicht haben wollen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur der Pfarrer von Zorneding wurde mit dem Tod bedroht; fast zeitgleich kamen Berichte über Morddrohungen gegen den Bamberger Erzbischof Ludwig Schick.

Es ist uns allen bewusst, dass wir in diesem Bereich etwas machen müssen; wir unternehmen hier schon viel. In Bayern haben wir ein Handlungskonzept, das wir immer weiterentwickeln. In diesem Hohen Haus haben wir schon mehrfach darüber gesprochen, wie unser Handlungskonzept aussieht und was wir machen.

Wir können wirklich stolz darauf sein, dass wir dem Extremismus, egal in welcher Form, entschieden entgegentreten und sagen: Liebe Freunde, solche Gedanken

haben bei uns in Bayern nichts zu suchen; diese Gedanken wollen wir nicht, und die werden wir entschieden bekämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen, unsere Sicherheitsbehörden sind auf keinem Auge blind. Klar, wir stehen derzeit vor einer gigantischen Herausforderung. In diesem Jahr werden etwa 1,2 Millionen Menschen nach Deutschland kommen. Dem Bewusstsein und dem Denken der Menschen müssen wir offen entgegentreten. In der Bevölkerung gibt es Befindlichkeiten. Sicherlich gibt es auch ein Verführungspotenzial der Extremisten; dessen sind wir uns bewusst. Wir sind uns auch der Gefährlichkeit von Hassbotschaften im Internet durchaus bewusst, aber auch der Gefährlichkeit von Terrorzellen und verrückten Einzeltätern.

Das Wichtigste aber ist: Wir sind uns dessen bewusst, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen in Bayern Rassismus entschieden ablehnt und dem Rassismus entgegentritt. Wir haben bei vielen Solidaritätskundgebungen und bei vielen Kundgebungen gegen Rechtsextremisten gesehen, dass sich Tausende für eine offene Gesellschaft aussprechen, dass sie keine Angst haben, sich zu solidarisieren, und dass sie in Bayern auf die Straße gehen. Auch das ist in Bayern möglich, während es an vielen anderen Orten nicht möglich ist. Sie können sich offen gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Antisemitismus und gegen extremistisches Gedankengut aussprechen.

Liebe Kollegen, man muss die Wahrheit zur Kenntnis nehmen: Bayern ist in vielen Bereichen schon gut bzw. auf einem guten Weg, und wir unternehmen vieles.

(Beifall bei der CSU)

Unsere bayerischen Bildungsziele sind Toleranz, freiheitliche Gesinnung, Achtung vor anderen Menschen, Anerkennung kultureller und religiöser Werte, europäisches Bewusstsein, Völkerverständigung, Freiheit und Demokratie. Diese Werte und Ziele sind

in den meisten Menschen tief verwurzelt. Unser Bildungssystem ist in der Prävention von politischem Extremismus hervorragend aufgestellt.

Ein Teil der Wahrheit ist auch, dass unsere Sicherheitsbehörden Hervorragendes leisten und unser Verfassungsschutz, der leider von den GRÜNEN immer wieder abgelehnt und negativ dargestellt wird, in diesem Bereich unglaublich stark ist. Das sind Fakten, die wir anerkennen und auf die wir stolz sind. Ich hätte mir an dieser Stelle gewünscht, liebe Kollegen von den GRÜNEN, dass Sie in Ihrem Antrag einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes aussprechen, die wirklich Hervorragendes leisten und für uns den Kopf hinhalten. Auch das wäre ein Zeichen gewesen. Ich habe es leider wiederum vermisst und finde es etwas schade, dass Sie sich nicht dazu durchringen können, auch hier einmal klare Kante zu zeigen, was Sie von anderen immer fordern.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen, für uns hat Sicherheit für alle Menschen, die bei uns in Bayern wohnen, oberste Priorität. Wir beobachten alle relevanten Entwicklungen. Wir haben separate Kommissariate gegründet. Wir ziehen die Konsequenzen aus der NSU-Mordserie. Wir gehen zur Informationsgewinnung in die Justizvollzugsanstalten. Wir arbeiten verstärkt mit dem Landesamt für Verfassungsschutz zusammen. Und wir beobachten Pegida, den III. WEG und die Partei DIE RECHTE.

Gleichzeitig leisten wir viel Präventionsarbeit. Wir haben uns an die Spitze des NPD-Verbotsverfahrens gestellt.Wer die Verhandlungen in Karlsruhe mitverfolgt hat, hat gesehen, dass unser Innenminister einer der Wortführer war und gesagt hat: Wir wollen diese Partei nicht im deutschen Parteienspektrum, sie ist offen fremdenfeindlich, sie ist offen rassistisch, sie gehört nicht ins Parteienspektrum; denn sie hat den Boden des Grundgesetzes eindeutig verlassen. Es war unser Innenminister, der das gesagt hat, keiner der GRÜNEN. Es war ein CSU-Innenminister, der gesagt hat: Leute, das wollen wir nicht, und das gehört hier nicht hin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir ergreifen sehr viele Maßnahmen, wir haben ein Konzept mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen. Wir können stolz auf das sein, was wir leisten. Ich bin mir sicher, dass eine deutliche Mehrheit der Mitglieder dieses Hauses diese Maßnahmen des Freistaats Bayern kennt und sich hinter den Verfassungsschutz stellt. Dort wird gute Arbeit geleistet, bei der Polizei wird gute Arbeit geleistet, und auch die Präventionseinrichtungen leisten hervorragende Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein wirkungsvolles Konzept zum Schutz aller Menschen in Bayern vor Hetze jeder Art. Die von den GRÜNEN aufgeführten Maßnahmen bringen uns nicht weiter; sie erkennen auch nicht an, was in Bayern alles geleistet wird.

Wir haben den ersten Punkt des GRÜNEN-Antrags in unseren übernommen: den Ausschluss von Hetze jeder Art und die Solidarität mit dem Pfarrer von Zorneding. Im Übrigen werden wir den GRÜNEN-Antrag ablehnen.

Wir freuen uns, dass die FREIEN WÄHLER einen Satz aus ihrem Antrag herausgenommen haben. Deswegen werden wir dem FREIE-WÄHLER-Antrag zustimmen.

Ich darf Sie um Zustimmung zu unserem Antrag bitten und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Dr. Florian Herrmann (CSU): Sehr gut!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Zwischenbemerkung: der Herr Kollege Rabenstein, bitte.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Reichhart, ich bin froh über Ihre Ausführungen; sie gehen genau in die richtige Richtung. Ich unterstütze auch das breite Bündnis, das wir hier haben; es wird von unserem Redner noch betont werden.

Ich bin ein Verfechter des NPD-Verbots. Ich bin froh darüber, dass wir im Bundesrat so weit gekommen sind. Allerdings möchte ich hier etwas richtig stellen bzw. das Ganze einordnen: Es war ein Antrag der SPD, der, ausführlich begründet, das NPD-Verbot gefordert hat. Wir haben also die Initialzündung gegeben, und alle anderen haben sich dankenswerterweise angeschlossen. Aber es soll schon auch hier betont werden, dass wir Sozialdemokraten dieses auf den Weg gebracht haben und froh sind, dass sich das so entwickelt. – Das wollte ich nur anmerken.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Bitte, Herr Kollege Reichhart.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Herr Kollege, wir können stolz darauf sein, dass wir hier mit einer Stimme sprechen und sagen: Die NPD gehört verboten, wir wollen diese Partei nicht haben. Ich bin froh darüber, dass wir bei diesem Thema zusammenstehen und sagen können: Wir sind stolz darauf, dass Bayern vorangeht und ein Zeichen setzt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Bevor ich in der Worterteilung weiterfahre, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt darf ich dem Kollegen Ritter das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! In der Demokratie gibt es natürlich einen Widerstreit der Positionen und natürlich auch einen Wettbewerb der handelnden Parteien und der handelnden Politikerinnen und Politiker. Allerdings gibt es auch Grenzen der Zuspitzung, die wir als Demokratinnen und Demokraten zu beachten haben. Diese Grenzen sind verhältnismäßig einfach zu beschreiben: Der demokratische Diskurs darf insgesamt nicht beschädigt werden, Rassismus und Hetze gegen Einzelne und Gruppen darf nicht stattfinden, und wir dürfen keine

Stichwortgeber für Gewalttäter sein. In Zorneding – das ist das konkrete Beispiel, das sowohl im Antrag der GRÜNEN als auch im Antrag der CSU genannt wird – wurden alle diese Grenzen eingerissen. Kolleginnen und Kollegen, es waren nicht die Verhetzten und Extremisten, die am Ende die Morddrohungen verschickt haben, die zum Rückzug des dortigen Pfarrers geführt haben, die diese Grenzen eingerissen haben, sondern diese Grenzen sind bereits vorher eingerissen worden. Auch darüber, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir heute reden.

Was im Vorfeld des Rückzugs des Pfarrers und der Morddrohungen passiert ist, ist kein Fall für den Verfassungsschutz, kein Fall für die Polizei. Aber es ist ein Fall für uns, damit wir uns in diesem Hause einmal über die Grundsätze des demokratischen Diskurses unterhalten. Herr Pfarrer Ndjimbi-Tshiende ist nicht deshalb Opfer massiver Anfeindungen geworden, weil er sich gegen die Politik irgendeiner Partei gestellt hat, sondern weil er einen sachlichen und respektvollen Umgang mit den Menschen gefordert hat, die zu uns geflüchtet sind – jenseits irgendeiner Entscheidung über irgendwelche Asylverfahren. Das hat ihm Anfeindungen eingebracht, nicht von Extremisten, sondern von – wohlgemerkt, das erkenne ich auch an – einzelnen Mitgliedern einer demokratischen Partei, die in diesem Hause die Mehrheit stellt. Er ist angefeindet worden, weil er diesen respektvollen Umgang eingefordert hat und weil er aus Afrika stammt.

Wer nur einen Funken Menschenverstand hat, weiß: Ist eine Hürde erst einmal übersprungen, werden auch andere darüber springen. Natürlich ist das, was von einzelnen Mitgliedern der Zornedinger CSU über den Pfarrer und über Flüchtlinge verbreitet worden ist, Stichwortgeberei für diejenigen gewesen, die die Drohungen gegen den Pfarrer verfasst und verschickt haben. Was also, Kolleginnen und Kollegen, ist die Verantwortung der demokratischen Parteien? Was ist unsere Verantwortung? – Wir müssen jenseits der Fälle, in denen wir nach dem Verfassungsschutz rufen können, durchaus eine offene Diskussion darüber führen, was zulässiger Teil eines demokrati-

schen Diskurses ist und was nicht. Auch das gehört heute hierher. Die Grenzen sind in Zorneding – darauf habe ich hingewiesen – eingerissen worden.

An einem gewissen Punkt, Kolleginnen und Kollegen, muss die Profilierung der Parteien im Meinungskampf zurückstehen, und es muss klargemacht werden, wo die Grenzen sind. Zur Not müssen wir das manchmal auch den Menschen in unseren eigenen Parteien klarmachen, die sich an diese Grenzen, aus welchen Gründen auch immer, nicht halten. Aus diesem Grunde werden wir dem Antrag, den die GRÜNEN hier eingebracht haben, zustimmen.

Die Anträge der FREIEN WÄHLER und der CSU sind in manchen Punkten etwas zwiespältig: In beiden Fällen sprechen Sie sich – was ich als die Extremismus-Präambel bezeichnen würde – allgemein gegen alle möglichen Extremismen aus. Ich lasse das einfach mal so stehen; wir werden darüber jetzt keine großartige Debatte führen. Ich möchte Sie aber schon darauf hinweisen: Wenn wir über Rassismus reden und Lösungen finden wollen, um Rassismus zu bekämpfen, dann hilft es uns nichts, wenn wir über Linksradikalismus oder Salafismus reden; dann müssen wir Rassismus benennen,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

und dann müssen wir auch die Ursachen für Rassismus benennen. Ich hänge mich aber nicht daran auf, wenn Sie das aus ideologischen Gesichtspunkten unbedingt aufnehmen wollen.

Wir finden es durchaus auch positiv, dass sich gerade die CSU sehr konkret zur Solidarität mit dem ehemaligen Zornedinger Pfarrer bekennt. Das ist notwendig, auch vor dem Hintergrund der Vorgänge im Vorfeld der Morddrohungen in Zorneding, die erst zum Rücktritt des Pfarrers geführt haben.Von daher ist das ein Punkt, den wir tatsächlich begrüßen, und ich bedanke mich, dass Sie so etwas erstmalig in einen Ihrer Anträge aufnehmen.

Allerdings können wir nicht zustimmen, dass Sie mit diesem Antrag wieder versuchen, sich zu profilieren, wovon wir uns beim Kampf gegen den Rassismus eigentlich verabschieden sollten. Die Kollegin von den GRÜNEN hat schon darauf hingewiesen, dass Sie in Spiegelstrich 3 Ihres Antrags die Debatte über das Verfassungsschutzgesetz vorwegnehmen, die wir im Augenblick führen. Diese Instrumentalisierung des Antrags können wir nicht mittragen. Wir werden Ihrem Antrag dann zustimmen, wenn Sie diesen Punkt herausnehmen. Wir sind auch bereit, in einer Einzelabstimmung jedem anderen als diesem Punkt zuzustimmen. Ich bitte Sie daher, zu einer getrennten Abstimmung zu kommen oder diesen einen Punkt zu streichen, damit wir beim Thema Rassismus mit einer Stimme sprechen und nicht wieder die Profilierung einer Partei im Vordergrund steht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Herrmann um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister!

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was sich in den vergangenen Wochen und Monaten in Zorneding ereignet hat, lehnen wir sicherlich alle gemeinsam entschieden ab. Drohungen und Hetze gegenüber Andersaussehenden oder Andersdenkenden dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Rassistische Beleidigungen, Verunglimpfungen und letztlich Bedrohungen, die zum Rücktritt des Seelsorgers geführt haben, verurteilen wir alle aufs Schärfste, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig können wir aber auch voller Respekt auf Zorneding schauen. Mein Dank gilt an diesen Tagen unseren Mitbürgern. Es ist doch unglaublich beeindruckend, wie sich binnen weniger Tage 70.000 Menschen an einer Online-Petition beteiligt und mehr als 30.000 Menschen persönlich vor Ort ihre Solidarität mit dem zurückgetrete-

nen Pfarrer zum Ausdruck gebracht haben. Das zeigt: Rassismus ist zweifellos vorhanden, ist aber eine Randerscheinung. Er ist für unsere Gesellschaft weder in Zorneding noch in Bayern typisch.

Die spontane Reaktion der Bevölkerung zeigt ganz deutlich: Bayern ist eine offene Gesellschaft, in der Rassismus und Antisemitismus keine Chance haben. Dies haben die Menschen nicht zum ersten Mal unmissverständlich klargemacht. Wir erleben ja auch Tag für Tag überall in Bayern, wie sich Männer und Frauen zum Beispiel ehrenamtlich in der Unterstützung von Flüchtlingen engagieren und dafür viel Zeit aufwenden. Hier stellen sehr viele Menschen große Hilfsbereitschaft unter Beweis. Wir brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Rassismusbekämpfung und Demokratieerziehung. Wir haben in Bayern insgesamt eine überaus positive Entwicklung.

Neben den gesellschaftlichen Bemühungen im Kampf gegen rechtsextremistische und fremdenfeindliche Bestrebungen ist aber natürlich schon auch ein starker Staat gefragt. Ein starker, ordnender Staat ist die beste Antwort und der wirksamste Schutz vor all jenen, die unsere Werte missachten und mit Füßen treten. Die bayerische Polizei und – ich sage das ausdrücklich – der bayerische Verfassungsschutz bekämpfen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Straftaten, insbesondere auch angesichts der aktuellen Herausforderungen, konsequent und mit hoher Intensität. Die bayerischen Sicherheitsbehörden nehmen diesen Auftrag sehr ernst und stellen sich dieser Herausforderung mit aller Kraft und, behaupte ich, auch mit Erfolg.

Erst heute hat in den frühen Morgenstunden, begleitet von einem vereinsrechtlichen Verbot, eine bundesweite Durchsuchungsaktion gegen Mitglieder des rechtsextremistischen Vereins Weisse Wölfe Terrorcrew stattgefunden. Dabei wurde auch ein Objekt in Bayern, im Raum Bamberg, durchsucht. Am vergangenen Samstag wurde bei zwei Rechtsextremisten wegen des Verdachts des illegalen Waffenbesitzes durchsucht, und dabei wurden diverse Gegenstände sichergestellt und strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. All dies zeigt, dass es für Rechtsextremisten in Bayern nach wie vor einen

unvermindert hohen Fahndungsdruck gibt. Die bisher schon erfolgreichen Maßnahmen im Bereich der Sicherheitspolitik werden weiter ausgebaut und intensiviert, insbesondere indem vor wenigen Monaten Stellenmehrungen bei der Polizei und im Verfassungsschutz beschlossen wurden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Allein der bayerische Verfassungsschutz erhält dank der Entscheidung der Mehrheitsfraktion dieses Hauses 97 zusätzliche Stellen. Für die Polizei wurden im Nachtragshaushalt für dieses Jahr insgesamt 925 Stellen realisiert. Mit dieser Personalaufstockung können wir den Ermittlungs- und Fahndungsdruck sogar noch erhöhen. Das gilt für islamistischen Terrorismus, wie wir ihn gerade gestern und heute aus Meldungen aus Europa, aus Afrika und aus anderen Teilen der Welt erfahren mussten; das gilt in der Tat aber auch für den Rechtsextremismus. Insbesondere können die neuen Stellen auch dazu genutzt werden, verstärkt gegen die rasant ansteigende rechte Hetze in sozialen Netzwerken vorzugehen. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz arbeitet intensiv an der Aufklärung rechtsextremistischer Agitation im Netz. Bereits sehr frühzeitig hat sich das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz auf die Aufklärung rechtsextremistischer Agitation und Aktion im Internet eingestellt und deshalb einen eigenen Arbeitsbereich eingerichtet. Dabei ist eine wesentliche Aufgabe die Identifizierung der handelnden Personen und Gruppen.

Ein starker Staat bedeutet aber nicht nur Strafverfolgung. Auch im präventiven Bereich sind wir aktiv. Im Rahmen der Stellenmehrung haben wir beim Verfassungsschutz zudem auch auf den gestiegenen Bedarf an der sehr gefragten Kommunenberatung durch die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, die sogenannte BIGE, reagiert. Gerade in einer Zeit der vermehrten Agitation von Rechtsextremisten zum Beispiel gegen Flüchtlinge benötigen die Kommunen ganz konkrete Hilfestellungen bei der Aufklärungsarbeit und Information der besorgten Bürgerinnen und Bürger. Hierzu trägt unsere BIGE mit großem Erfolg bei, und daher stocken wir das Personal der BIGE um zwölf weitere Mitarbeiter auf.

Dieses Vorhaben der Personalmehrung, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben die GRÜNEN, denen angeblich so viel an der Sicherheitspolitik liegt, für den Bereich des Verfassungsschutzes zu vereiteln versucht. Sie haben die Stellenmehrung abgelehnt. Es wird in Bayern im Rahmen der Prävention auch weiterhin ein gelungenes Zusammenspiel von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen geben. Im Bereich der Prävention von Rechtsextremismus ist die vom Bayerischen Jugendring getragene Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus ein wichtiger Ansprechpartner, insbesondere für zivilgesellschaftliche Akteure.

Die Staatsregierung handelt gemeinsam und ressortübergreifend gegen radikale und rechtsextremistische Einstellungen. Dies zeigt auch unser Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, aber auch das Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk gegen Salafismus.

Neben den aufgezählten Maßnahmen haben wir erst kürzlich das neue Bayerische Verfassungsschutzgesetz auf den Weg gebracht. Es soll den Verfassungsschutz auf eine zukunftsträchtige Grundlage stellen und auf aktuelle Bedrohungen des Rechtsstaats angemessen reagieren. Wir wollen den Sicherheitsbehörden die notwendigen und richtigen Befugnisse an die Hand geben. Auch dem haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, bereits heftigst widersprochen. Sie würden den Verfassungsschutz ja am liebsten abschaffen. Sie geben nur immer wortreiche Erklärungen zur Bekämpfung des Rassismus ab, wollen aber offenkundig die Sicherheitsbehörden bei ihrem Kampf gegen Extremismus eher schwächen. Das wird nicht zum Erfolg führen.

Meine Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung und die bayerischen Sicherheitsbehörden stellen sich dem Extremismus und dem Fanatismus entschieden entgegen. Wir verteidigen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mit allen rechtsstaatlichen Mitteln. Dem fühlen wir uns verpflichtet, und daran werden wir weiter arbeiten. Frau Kollegin Hiersemann hat vorhin in anderem Zusammenhang Martin Luther zitiert, wonach Sichanstrengen gesund und stark macht. Das sehen wir auch für

unsere Demokratie so, und genauso arbeiten wir in der Staatsregierung. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wiederum getrennt.

Die Fraktion der CSU und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben für ihre Anträge in der Gesamtabstimmung namentliche Abstimmung beantragt. Zuvor lasse ich über die einzelnen Nummern – bei dem Antrag der CSU-Fraktion über die einzelnen Unterpunkte – abstimmen; so wird das vonseiten beider Fraktionen gewünscht.

Es geht jetzt um den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/10508. Wer der Nummer 1 dieses Antrags seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist die Nummer 1 angenommen.

Ich lasse nun über die Nummer 2 abstimmen. Wer dieser Nummer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktion der CSU und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer 2 abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Nummer 3 abstimmen. Wer dieser Nummer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer 3 dieses Antrags abgelehnt.

Ich lasse nun namentlich abstimmen über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/10508. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte die Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 15.02 bis 15.07 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

(Unruhe)

– Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Abstimmung fortfahren können.

(Anhaltende Unruhe)

– Ich kann erst abstimmen lassen, wenn alle ihre Plätze eingenommen haben.

Ich lasse jetzt zunächst abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER; das ist die Drucksache 17/10527.

(Zuruf von der CSU: Mit der Änderung!)

– Mit der Änderung, die bekannt gegeben wurde: Demnach sollen in der Nummer 3 des Dringlichkeitsantrages die Worte "sich der Null-Toleranz-Haltung des Landtags anzuschließen und" gestrichen werden. Vielen Dank, Herr Kollege. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, SPD, FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, Drucksache 17/10528, abstimmen. Die CSU-Fraktion hat um Einzelabstimmung über die Spiegelstriche gebeten. Wer dem Spiegelstrich 1 des Dringlichkeitsantrages der CSU-Fraktion seine Zu-

stimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist diesem Spiegelstrich zugestimmt worden.Jetzt lasse ich über den Spiegelstrich 2 abstimmen. Wer hier seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit wurde auch diesem Spiegelstrich 2 die Zustimmung erteilt.

Ich komme nun zu Spiegelstrich 3. Wer hier seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Spiegelstrich 3 angenommen.

Jetzt lasse ich noch über den Unterpunkt 4 abstimmen. Wer hier seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Unterpunkt 4 einstimmig angenommen.

Jetzt, Kolleginnen und Kollegen, lasse ich über den gesamten Dringlichkeitsantrag abstimmen. Hierzu wurde von der CSU ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen wieder bereit. Ich bitte also, hier die Stimmkarten einzuwerfen. Drei Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 15.11 bis 15.14 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Wir geben nachher das Ergebnis bekannt.

Jetzt darf ich Sie bitten, die Plätze wieder einnehmen, damit wir fortfahren können.

Vorher darf ich noch bekannt geben: Wir haben jetzt schon zwei namentliche Abstimmungen angekündigt. Die namentliche Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8 wurde schon angekündigt. Jetzt wurde auch noch vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Tagesordnungspunkt 9 namentliche Abstimmung beantragt.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaales aus und fahren in der Tagesordnung fort.

Bevor ich jetzt den Tagesordnungspunkt 4 aufrufe, gebe ich zunächst die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt:

(Unruhe)

– Ich bitte doch, sich wieder hinzusetzen. Es geht weiter im Programm.

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze und andere und Fraktion (SPD) betreffend "Das Problem heißt Rassismus! Menschen vor rassistischer Hetze und rechter Gewalt schützen" auf Drucksache 17/10508 haben 47 Kolleginnen und Kollegen mit Ja gestimmt, mit Nein 100; Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann und andere und Fraktion (CSU) betreffend "Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus" auf Drucksache 17/10528 haben 101 Kolleginnen und Kollegen mit Ja gestimmt, mit Nein 0; Stimmenthaltungen gab es 45. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.03.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Das Problem heißt Rassismus! Menschen vor rassistischer Hetze und rechter Gewalt schützen (Drucksache 17/10508)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl			
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max			
Glauber Thorsten		X	
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian			
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	47	100	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.03.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion CSU; Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus (Drucksache 17/10528)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			X
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann			X
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian			X
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina			X
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl			
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith			
Gibis Max			
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			
Güll Martin			X
Güller Harald			X
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			X
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther			X
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			X
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian			
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth			X
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph			X
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris			X
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. **Wengert** Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			X
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	101	0	45